

Sperrvermerk: Montag, 14.12.2015 12.00

Es gilt das gesprochene Wort!

Haushaltsrede Kreishaushalt 2016 Freie Wählervereinigung Enzkreis FWV

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kreistagskolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch dieses Jahr ist es uns allen gelungen, den Kreishaushalt für 2016 mit großer Übereinstimmung und in kurzer Zeit, gemeinsam auf den Weg zu bringen.

Der Haushalt wäre wohl auch nicht so spektakulär mit seinen normalen Eckdaten, wäre da nicht die Flüchtlingsproblematik, die letztendlich unseren Alltag bestimmt und viele Bereiche überlagert. Dazu später.

Meine Damen und Herren, verfolgt man die Prognosen für unsere Wirtschaft, dürfte auch dieses Jahr ähnlich wie das Jahr 2015 laufen. Ein leichtes Wachstum scheint möglich. Andererseits kann es auch sein, dass gewisse geopolitische Krisenherde durchaus alles wieder in Frage stellen könnten. Niemand kann vorhersagen, wie sich die Konflikte in Syrien, Irak, Pakistan, Afghanistan oder sonstwo in Afrika, entwickeln. Schauen wir dennoch etwas optimistisch in die Zukunft und hoffen wir vielerorts auf die Einsicht und Vernunft der Menschen und der Politik.

Herr Landrat, dieses Jahr haben Sie uns mit den Stellenausweitungen von 5-6% zunächst schon einen kleinen Schock versetzt. Aber jedem dürfte klar sein, dass die Menge an Arbeit im Bereich der Flüchtlinge gegeben ist und somit Stellenmehrungen dort angebracht erscheinen. Zu hoffen bleibt, dass auch der Arbeitsmarkt das mitträgt und hergibt, dass sich Menschen finden, die dort gern und motiviert eine Beschäftigung finden wollen.

Insofern ist es ebenso logisch, wenn man im Bereich des Personalamtes auch aufstockt, denn die Suche und Auswahl von Personal ist aufwendig. Letztendlich tragen wir das mit und stellen aber auch die Frage, was geschieht beim Personalamt, wenn die Stellen dann alle besetzt wurden?

Auch die anderen Stellenausweitungen erscheinen plausibel. Steigende Fallzahlen oder kompliziertere Bearbeitungsvorgänge sind sicher nicht von der Hand zu weisen. Pauschale Kürzungen halten wir momentan nicht für angebracht. Lediglich beim ebz haben wir noch einen Vorschlag, der bereits im letzten VWA andiskutiert wurde. Insofern trägt die FWV Fraktion die geplanten Stellenanhebungen dieses Jahr mit und es steht dem Enzkreis gut zu Gesicht, wenn er weiterhin einen Spitzenplatz bei den Personalkosten ganz unten einnimmt, sprich günstige Personalkosten vorweist.

Doch nochmals zurück zum ebz und den dort neu zu schaffenden Stellen. Die Freien Wähler haben die Beteiligung des Enzkreises am ebz zum Aufbau eines neuen Geschäftsbereiches Kommunalberatung einstimmig mitgetragen, obwohl es diesbezüglich innerhalb der Fraktion durchaus kritische Stimmen gab. Kritische Stimmen jedoch nicht etwa, weil die Sinnhaftigkeit einer Kommunalberatung in

Sachen Energieeffizienz und Klimaschutz in Frage gestellt würde. Gerade kleine Kommunen, die oft keine eigenen Personalkapazitäten hierfür haben, brauchen fachliche Unterstützung in diesem Aufgabenbereich. Die teilweise Skepsis bezog und bezieht sich allein auf die Frage, ob eine neutrale und eigenständige Kommunalberatung beim ebz richtig aufgehoben ist. Schließlich schreibt sich das ebz bereits heute Kommunalberatung auf die Fahnen, welche in der Praxis aber – zumindest in letzter Zeit – trotz entsprechender konkreter Anfragen von kommunaler Seite aus eher nachlässig betrieben wurde. Wir erwarten daher, dass der neue Geschäftsbereich „Kommunalberatung“ zu einem Motor der kommunalen Energie- und Klimaschutzpolitik wird. Er muss den Städten und Gemeinden Ideen und Innovationen liefern, sie anbieterneutral und möglichst passgenau beraten, darf dabei aber auch nie die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen außer Acht lassen.

Die Personalgewinnung dürfte ja jetzt dann in den nächsten Monaten erfolgen und wir erwarten schon, dass man diese Stellen erst einmal befristet. Dies kann nämlich für beide Seiten von Vorteil sein.

Abfallwirtschaft

Doch weiter mit dem Dezernat 1. Es ist für uns selbstverständlich, dass die Abfallgebühren immer nur kostendeckend kalkuliert werden. Und wenn man sie stabil auf niederem Niveau halten kann, ist das für unsere Enzkreis Bürgerinnen und Bürger ja von Vorteil.

Berufsschulen

Wiederum fließt ein beachtlicher Teil der geplanten Investitionen mit mehreren Mio. € in die Sanierung der Ferdinand-von-Steinbeis-Schule. Der vorläufig letzte Abschnitt beinhaltet u.a. die Erneuerung des Werkstattdaches, wichtig auch unter energetischen Aspekten. Innerhalb weniger Jahre investieren wir somit runde 15 Mio Euro in die Werterhaltung des Berufsschulzentrums in Mühlacker.

Gut angelegtes Geld, wie wir meinen. Denn diese Schulen erfreuen sich eines guten Zulaufs: Insgesamt 1 400 Schülerinnen und Schüler besuchen derzeit die gewerblichen und kaufmännischen Schulen in Mühlacker. Auch die erst vor wenigen Jahren gegründeten beiden beruflichen Gymnasien werden überraschend gut angenommen.

Das Handwerk und unsere Industrie erwarten vom Enzkreis als Schulträger gut vorbereitete Schüler, die den Anforderungen des Berufslebens gut gerüstet entgegen treten können. Mit einem breit angelegten schulischen Angebot erfüllen wir in zeitgemäßen und modern ausgestatteten Räumlichkeiten diese Anforderungen. Eine **zusätzliche Aufgabe** ist diesen Schulen in diesen Wochen zugewachsen: Die **Integration junger Zuwanderer und Flüchtlinge**. Zunächst gilt es den jungen Leuten die deutsche Sprache beizubringen und zum zweiten – und dies ist nicht weniger wichtig - sie breit und umfassend auf das spätere Berufsleben vorzubereiten.

Im Übrigen wäre es wünschenswert, wenn die Belegung der Sporthalle als Notunterkunft für Flüchtlinge bald wieder beendet werden könnte, um so den Schülern wieder vor Ort einen angemessenen Sportunterricht anbieten zu können.

Erfreulich ist auch, dass zusammen mit der Stadt Pforzheim die Kooperation im Bereich der regionalen Schulentwicklung, speziell den AV-Dual Klassen gebildet werden konnte. Auch hier war der Enzkreis einmal mehr Motor des Ganzen.

Kliniken

Mit dem Abschluss der Umbauarbeiten in Mühlacker verfügen wir zusammen mit dem Haus in Neuenbürg über zwei modern ausgestattete Kliniken der Grund- und Regelversorgung. Jeweils hohe Belegungszahlen beweisen, dass sich unsere Kliniken eines regen Zuspruchs erfreuen und sie für die medizinische Versorgung unserer Bürger und Bürgerinnen einfach notwendig sind. Dies gilt auch für die geriatrische Rehaklinik in Mühlacker, deren Fortbestand in einer sich demographisch wandelnden Gesellschaft für uns sehr wichtig ist.

In Mühlacker wurde ein Linksherz-Katheder-Messplatz eingerichtet und dazu weitere Maßnahmen der Akutkardiologie, so dass zukünftig eine schnelle Hilfe für Infarktpatienten auch im östlichen Enzkreis ermöglicht und garantiert wird. Uns freut, dass eine modern ausgestattete Radiologie-Praxis ins Krankenhaus Mühlacker umgezogen ist. Dies hat dazu beigetragen, dass sich die Klinik in der bildgebenden Diagnostik auf höchstem Leistungsniveau befindet und wir uns insgesamt noch besser am Markt behaupten können.

Zukünftig wird ein erweitertes medizinisches Angebot vorhanden sein, und nach Plänen des Geschäftsführers Prof. Martin ist Mühlacker neben Ludwigsburg und Bruchsal zu einem der drei Ankerhäuser innerhalb der Klinik-Holding ausgebaut worden.

Auch für Neuenbürg sehen wir gute Zukunftschancen, weil mit der Angliederung des „Gelenkzentrums Schwarzwald“ - einer Spezialklinik mit einem renommierten Chefarzt an der Spitze - den dafür Verantwortlichen ein wahrer Coup gelungen ist. Insgesamt erhoffen wir uns, dass durch alle die ausgeführten Maßnahmen das immer noch sehr hohe Defizit unserer Kliniken in den nächsten Jahren **entscheidend vermindert** werden kann. Und hier kann man auch Transparenz an den Tag legen, ohne dass man eine zu große Sorge haben braucht, wir würden das eine oder andere nicht gutheißen.

Der Enzkreis hat seine „Hausaufgaben“ gemacht, d.h. wir haben unseren Teil dazu beigetragen, dass unsere Bevölkerung im Krankheitsfall wohnortnah medizinisch bestens versorgt werden kann. Dies halten wir Freien Wähler für eine wichtige Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung. Ebenso sollten aber die Verantwortlichen bei den Ländern und in der Bundespolitik ihre Beitragspflicht sehen. Hier erkennt man leider nach wie vor nur sehr zögerlich, dass ein gutes Gesundheitswesen auch viel Geld kostet. Wenn mehr als die Hälfte aller Krankenhäuser rote Zahlen schreibt, ich sagte es bereits letztes Jahr, dann stimmt etwas am Finanzierungssystem nicht. Wir wehren uns dagegen, dass wegen dieser verfehlten Politik Patienten leiden müssen, weil es immer wieder vorkommt, dass aus finanziellen Engpässen heraus, nicht ausreichend Personal zur umfassenden Betreuung und Pflege zur Verfügung gestellt werden kann. Wir fordern Bund und Land **und** die Krankenkassen auf, sich deutlich stärker an den Finanzen auch der kleineren Krankenhäuser zu beteiligen.

Klimaschutz

Auch wir begrüßen das Engagement des Enzkreises in Sachen Klimaschutz und das Wiedererlangen des eea in Gold spricht für sich. Jedoch ist uns noch nicht ganz klargeworden, was es mit der Stabsstelle für Klimaschutz und dem Kreisentwicklungsplan auf sich hat.

Wir meinen, momentan sollte man alle Kräfte und jede Energie in die Unterbringung und Betreuung unserer Flüchtlinge stecken. Da kann das eine oder andere auch mal ein bißchen zuwarten.

ÖPNV

Es ist wie so oft eine Frage der Darstellung. Ca. 20 Euro je Einwohner Zuschußbedarf erscheinen auf den ersten Blick überschaubar. In der Summe sind jedoch 4,022 Mio Euro eine sehr große Menge Geld, etwa 600T mehr als im Vorjahr. Hinzu kommen nochmals 3,88 Mio bei der Schülerbeförderung, insg. fast 8 Mio, letztes Jahr waren es noch 7,2 Mio. Das bereitet Kopfzerbrechen.

Sicher wäre ein Übergang in den VVS wünschenswert, aber wie soll man das finanzieren? Wir schätzen, dass die Eintrittskarte dorthin sich gleich mal im siebenstelligen Bereich bewegt. Was machen wir dann im Nordwesten, nach KA hin? Wir denken, immerhin kann unser VPE noch von Zeit zu Zeit das eine oder andere auf die Beine stellen. In einem landesweiten Verbund wären wir ein ganz kleines Licht.

Der Fachausschuß sollte sich demnächst mal mit den gesunken Fahrgastzahlen befassen. Ein Grund ist sicher auch in den derzeit niedrigen Energiepreisen zu finden. Wenn im VVS die Zahlen steigen, kann das auch mit Ausweitungen der Strecken zusammenhängen. Aber dafür gibt es ja den UVA.

Und an dieser Stelle möchten wir schon betonen, dass niemand der FWV den VPE madig gemacht oder gar abschaffen will, wie in Ihrer Rede angedeutet Herr Landrat.

Die Kreisstraßen zu erhalten, sehen wir als eine Pflichtaufgabe des Landkreises an. Was die Westtangente Illingen angeht hoffen wir, dass zeitnah die rechtlichen Voraussetzungen für deren Bau geschaffen werden.

Zweckverband Breitbandversorgung im Enzkreis

Eine wesentliche Zukunftsaufgabe stellt der Aufbau einer glasfaserbasierten Breitbandversorgung im Enzkreis dar. Gemeinsam mit dem Landkreis haben sich 25 Enzkreiskommunen auf den Weg gemacht, eine zukunftsorientierte Infrastruktur aufzubauen. Dies geschah von vorneherein unter der Maßgabe, alle in Frage kommenden Fördermöglichkeiten auszuschöpfen. Nur so kann letzten Endes eine für alle Mitgliedskommunen finanziell gute Lösung erzielt werden. Dass die Wege in diesem Förderdschungel nicht immer leicht und vor allem schnell begehbar sind, war eigentlich **allen** Beteiligten von vorneherein klar.

Dennoch gilt es hier, mit Nachdruck am Ball zu bleiben und die vorgegebenen Fristen klein zu halten, um das Vorhaben insgesamt nicht zu gefährden. Ausbauabsichten

einzelner Marktteilnehmer, die sich einerseits auf das Marktversagen als Fördervoraussetzung auswirken können, andererseits vor allem aber die Wirtschaftlichkeit der Gesamtmaßnahme beeinflussen, seien hier nur stichwortartig genannt.

Den Bürgerinnen und Bürgern in den einzelnen Städten und Gemeinden ist das zähe Vorankommen beim Breitbandausbau zugegebenermaßen nur schwer zu vermitteln. Gleichwohl ist das gewählte Vorgehen alternativlos, wenn man die vorgenannte Vorgabe innerhalb des Zweckverbands, möglichst alle Fördermöglichkeiten auszuschöpfen, befolgen möchte. Die immer wieder öffentlich geäußerte Kritik, der Zweckverband Breitband arbeite zu langsam, ist daher nicht zielführend, sondern verdreht manches – die einzige wirkliche Verzögerung, die es in diesem Prozess bisher gab, haben einzelne Mitglieder zu verantworten, die sich bei der Durchführung der vorgeschriebenen Bedarfsumfrage viel Zeit gelassen hatten.

Soziales

Betrachtet man die Summe aller Sozialausgaben und die Verwaltung dazu, wird einem bald schwindelig. 126 Mio Euro Transferleistungen. Andererseits gibt es so gut wie keine Stellschrauben, da die allermeisten Leistungen gesetzlich verbrieft sind. Wir wollen auch nicht auf dem Rücken der Ärmere oder Schwächeren in unseren Städten und Gemeinden Finanzprobleme austragen, das wäre unredlich. Irgendwie und irgendwo scheint das Ziel des Enzkreises: ambulant vor stationär Wirkung zu zeigen. Von daher unterstützen wir alle Bemühungen der Sozial- und Jugendhilfe, der freien Träger, der vielfachen Beratungsangebote in den unterschiedlichsten Angebotsformen. Auch hier gilt in den Bemühungen nicht nach zu lassen, um weiterhin bei den Sozialkosten einen Spitzenplatz im Land einzunehmen, nämlich wenig Kosten je Einwohner. Was überlegenswert wäre, ob man nicht die Bezuschussung der noch ausstehenden Beträge für die Schaffung von Krippenplätzen schneller vollzieht.

Finanzen

Sorge bereitet nach wie vor die gesunkene Steuerkraft der Kommunen in unserem Landkreis, trotz wirtschaftlich einigermaßen guten Randbedingungen. Aber solange wir eben über die Schlüsselzuweisungen das Geld bekommen, ist es auch gut. Man holt es uns ja an anderer Stelle wieder.

Dass dieses Jahr die Kreisumlage gleich bleiben soll, begrüßen wir sehr. Das immer wieder bei manchen Kommunen angesprochene vorhandene Vermögen gehört denen, Herr Landrat, das haben die erwirtschaftet und nicht der Kreis. Es ist auch wenig zielführend, wenn man nicht weiß, ob vielleicht dort ein Investitionsstau besteht oder ob es angespart wurde, um eine folgende Investition, zB eine Sporthalle, mit eigenen Mitteln ohne Kredite zu finanzieren.

Wir haben uns auch über die Höhe der Kreisumlage Gedanken gemacht und sind wie Sie, Herr Stephan, zum selben Ergebnis gekommen, wir lassen sie gleich. Allerdings nicht in der Summe, sondern dieses Jahr in derselben prozentualen Höhe wie letztes Jahr, nämlich 32,6%. Und dazu stellen wir hiermit einen fraktionsübergreifenden Antrag der FWV, CDU und SPD. Die Kollegen werden es noch näher ausführen. Also Variante 2d!

Flüchtlinge

Und zu guter Letzt das Thema, das uns alle umtreibt und immens beschäftigt. Keine Frage, alle damit Beschäftigten leisten viel Arbeit und dafür gebührt ihnen unser aller Respekt. Den allergrößten Dank möchte die FWV Fraktion den zahlreichen Ehrenamtlichen aussprechen, die vor Ort in den Städten und Gemeinden Herausragendes leisten. Bei alledem sollte man nicht ausser acht lassen, dass dort viel, viel Arbeit der staatlichen Behörden, nämlich Land und Landkreise vor Ort durch Ehrenamtliche erledigt wird.

Sehr geehrter Herr Landrat, die Städte und Gemeinden stehen zu dieser Aufgabe. Was nach wie vor verbessert gehört, das ist jetzt als Hilfestellung und nicht als Kritik zu betrachten, sind die Kommunikationswege auf allen Ebenen. Was wir brauchen, ist ein allumfassendes Netzwerk aller Beteiligten und da meine ich, sind wir noch nicht dort, wo wir hin sollten. Es gibt so viele Unzulänglichkeiten, mit denen wir draußen, vor Ort, Tag für Tag konfrontiert sind und auch versuchen, selbst zu lösen.

Die Gemeinden sind der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind.

(Hermann Schmitt-Vockenhausen (1923-79), dt. Verleger, Jurist u. Politiker)

Herr Landrat, in Ihrer HHRede sagten Sie, ich zitiere: „nach wie vor greifen die von der hohen Politik versprochenen Entlastungen in keinster Weise“. Den Satz unterstreiche ich.

Beispiele: Ausweise für Flüchtlinge kommen im Mai/Juni nächsten Jahres. Die EDV soll ab Sommer 2016 einheitlich für alle Behörden funktionieren, damit man die Datensätze der Erfassten abgleichen kann.

Geradezu abenteuerlich ist das Tempo, mit dem die Bundeswehr nun in Syrien einen Einsatz bekommt, der rechtlich noch nicht endgültig geklärt ist und man darf auf die Antwort aus Karlsruhe gespannt sein. Es geht nicht darum, wie man dieser Barbarei ein Ende setzt, aber das Tempo erstaunt mich schon kolossal.

500 Mio sind vom Bund versprochen, um was für den Wohnungsbau zu tun, Baden-Württemberg erhält davon 45 Mio. Umgerechnet auf meine Gemeinde bei ca. 10,8 Mio Einwohnern in B.-W. bedeutet dies, ich setze mal Kosten für Geschoßwohnungsbau von niederen 2.000 Euro je m², ich bekäme etwa 20T, also gerade mal 10m². Das ist ein Platz für einen Anschlußuntergebrachten ohne Sanitär und Küche.

Im Land geht es uns ja insofern etwas besser als in anderen Bundesländern, da ja die Regierung versprochen hat, alle Kosten der vorläufigen Unterbringung zu übernehmen.

Jedoch auch im Wohnungsbau reichen die Mittel bei weitem nicht aus. 2/3 der notwendigen Unterkünfte sollen von der privaten Wirtschaft errichtet werden. Man hat begonnen, über Steuererleichterungen nachzudenken. Man darf gespannt sein, wann und vor allem, wie es weitergeht. Und bei alledem gibt es ja auch noch einen Wohnungsbedarf für die einheimische Bevölkerung.

Was ist die Quintessenz für uns daraus?

Hilf Dir - einmal mehr als sonst - selbst, dann wird Dir geholfen!

Die Bürgermeister des Enzkreises haben für sich entschieden, eine eigene Lenkungsgruppe einzurichten, die sich mit allen Fragen und Problemen, die sich so ergeben, zu befassen. Eine wichtige Stütze ist dazu sicher die Handreichung des Gemeindetages, eine 86 seitige Broschüre. So etwas hatte ich mir von anderer Stelle erhofft und erwartet.

Um aber auf den Schulterschluss zurück zu kommen, Herr Landrat. Sie haben recht, die Unterbringung der zu uns kommenden Flüchtlinge kann nur gemeinsam – im Schulterschluss zwischen Landkreis und Kommunen – bewerkstelligt werden. Die Städte und Gemeinden kommen trotz der einen oder anderen Schwierigkeit im Einzelfall bei der Beschaffung geeigneter Grundstücke und Gebäude für die im Zuständigkeitsbereich des Landkreises liegende sog. „vorläufigen Unterbringung“ engagiert und tatkräftig nach. Doch die Unterbringungsproblematik wird nach und nach in immer stärkerem Maße auch die Kommunen in ihrer eigenen Zuständigkeit und Verantwortlichkeit treffen, wenn immer mehr Flüchtlinge in die sog. Anschlussunterbringung kommen.

Der Vorschlag der Kreisverwaltung, Unterkünfte durch den Enzkreis und einzelne Kommunen gemeinsam zu erstellen bzw. gemeinschaftlich zu nutzen, ist grundsätzlich richtig und daher auch zu begrüßen. Was geschieht, wenn bei steigender Zahl an Menschen für die Anschlussunterbringung gleichzeitig der Flüchtlingsstrom ungebrochen anhält bzw. vielleicht sogar weiter ansteigt? Wir fordern daher bereits heute diesen „Schulterschluss“ umgekehrt auch vom Enzkreis ein, wenn sich die Unterbringungsproblematik samt Familiennachzug nach und nach zu den Kommunen, zu uns hin verlagert.

Nochmals: die Städte und Gemeinden des Enzkreises und die FWV stehen bei dieser Aufgabe fest an Ihrer Seite, um diese gewaltige Herausforderung irgendwie zu lösen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Freie Wählervereinigung wird dem Haushalt 2016 mit der beantragten kleinen Änderung zur Kreisumlage zustimmen.

Ihnen allen, liebe Kreistagskolleginnen und Kollegen, danke ich für das kollegiale Miteinander, Ihnen Herr Landrat mit all Ihren Dezernenten und Mitarbeitern danken wir für die geleistete Arbeit für die Menschen in unserem Enzkreis. Ihnen allen ein gesegnetes und friedvolles Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Neue Jahr – vielen Dank.

Werner Henle, Ötisheim im Dezember 2015